

Von: arnd_rueter [arnd_rueter@web.de]
An: 'albert.markstahler@cdu.de'

Gesendet: Di 22.01.2019 14:08

Von: albert.markstahler@cdu.de [mailto:albert.markstahler@cdu.de]

Gesendet: Dienstag, 22. Januar 2019 12:05

An: arnd_rueter@web.de

Betreff: Ihre E-Mail vom 29.12.2018

Sehr geehrter Herr Dr. Rüter,

für Ihre E-Mail vom 29. Dezember 2018 zum Thema „Doppelverbeitragung“ danke ich Ihnen. Ihre Ausführungen habe ich **mit Interesse gelesen**.

In einer parteiinternen Renten-Arbeitsgruppe des CDU-Bundesvorstands und im Rahmen der Koalitionsverhandlungen wurde die auf dem 29. Parteitag beschlossene Prüfung Anfang 2018 vorgenommen. Am 25. April 2018 hat sich auch der **Gesundheitsausschuss** des Deutschen Bundestags in einer Expertenanhörung noch einmal ausführlich mit der Frage befasst. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Ergebnisse dieser Anhörung ausgewertet.

Der 31. Parteitag hat nun dazu folgenden Beschluss gefasst:

„Beschluss C 37

Die CDU Deutschlands fordert eine **Reform der Sozialabgaben**, die auf Beträge zur **privaten Altersvorsorge** erhoben werden. Es soll **künftig** sichergestellt werden, dass Arbeitnehmer oder Selbständige, die Entgeltumwandlung zur privaten Altersvorsorge nutzen, nicht **doppelt belastet** werden.“

Zurzeit wird über die Problematik weiter intern beraten. Ich hoffe auf **eine gute Lösung** und bedauere, zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht mehr sagen zu können. Ihr Anliegen bleibt ein wichtiges Thema für die CDU Deutschlands, **an dem wir weiter arbeiten werden**.

Freundliche Grüße

Albert Markstahler

CDU Deutschlands

Konrad-Adenauer-Haus

Programm und Strategie

Klingelhöferstraße 8

10785 Berlin

Telefon +49 30 22070331

Telefax +49 30 22070349

E-Mail albert.markstahler@cdu.de

Internet: www.cdu.de

Von: arnd_rueter [arnd_rueter@web.de]
An: 'albert.markstahler@cdu.de'
Betreff: GMG - staatlich organisierter Betrug

Gesendet: Di 22.01.2019 14:08

Sehr geehrter Herr Markstahler,

vielen Dank für Ihre Email. Ist ja erfreulich, wenn mal jemand aus der CDU eine Email von mir nicht nur (oh Wunder) gelesen hat, sondern dies auch noch mit Interesse getan hat. Allerdings haben Sie damit nur einen Teilausschnitt betrachtet, weshalb ich Ihnen nachfolgend auch gleich die auch an alle MdB verteilte Email vom 16.01.2019 mit sende.

Um den Blick abzurunden müssten Sie aber auch mindestens die Emails
_ vom 19.09.2018 „Zusammenarbeit zwischen GKVen - BMGS - BSG zur "Einführung des GMG" als Basis für den seit 14 Jahren anhaltenden staatlich organisierten Betrug" und
_ vom 07.10.2018 „juristisches Mundtotmachen - Lügen Betrügen Manipulieren am Rande der Legalität..."
durcharbeiten. Haben Sie diese? (wenn nicht, bitte melden)

Und wenn Sie dies alles gelesen und verstanden haben, werden Sie feststellen, dass es hier mitnichten um ein gesundheitspolitisches Thema geht, sondern um ein juristisches oder, noch klarer, ein „staatstragendes“. Es stellt sich für ca. 6 Mio Betroffenen nicht die Frage, welche Lösung sich die CDU oder auch eine andere Partei vorstellen kann. **Es stellt sich nur die FRAGE, ob die Politiker bereit sind unseren demokratischen Rechtsstaat wieder herzustellen.** Und die ehrliche Beantwortung dieser Frage ist das einzige Thema, an welchem Sie und Ihre Partei (und die anderen Parteien) wirklich zu arbeiten haben. Dazu gehört als etwas wirklich Neues, dass die Parteimitglieder, die in Parteiführung, Legislative und Exekutive eine heraus gehobene Rolle spielen überhaupt bereit sind sich zu informieren bzw. informieren zu lassen. Bisher war diese Bereitschaft jedenfalls extrem unterentwickelt.

Wenn die Antwort auf die **FRAGE** lautet „nein“, geht der Widerstand weiter, was Sie dann ja an Ihren Wahlergebnissen spüren werden.

Wenn die Antwort auf die **FRAGE** lautet „ja“, dann ist das Diebesgut mit gesetzlicher Verzinsung (derzeit per Gesetz 4%) zurück zu zahlen. **Über Finanzierungen muss sich niemand Gedanken machen, denn das Diebesgut liegt ja derzeit bei den Gesetzlichen Krankenkassen in etwa in der notwendigen Höhe auf Halde.** Ein Gejammer der Gesetzlichen Krankenkassen bei aufsichtsrechtlicher Anordnung zur Zurückzahlung kann es ernst zu nehmend nicht geben; die wussten schon seit 2002, dass sie ab 2004 „staatlich organisierten Betrug auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch“ begehen werden.

Und erst dann (bei „ja“) könnte Ihre persönliche Aufgabe in der CDU „**Programm und Strategie**“ interessant werden, dann allerdings so, dass Sie Ihren Job manchmal verwünschen werden. Dann ist nämlich für die Bundesrepublik Deutschland ein Weg zu finden, wie man aus dieser massiv kriminalisierten Justiz wieder heraus kommt ohne Teile der Judikative der Bundesrepublik für längere Zeit lahm zu legen. Es geht immerhin um sämtliche Richter an allen Sozialgerichten (Sozialgerichte, Landessozialgerichte, Bundessozialgericht) aller Senate, die mit Beitragsrecht befasst sind. Und es geht um sämtliche Bundesverfassungsrichter des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts. Alle diese haben im Minimum über Jahre hinweg **Rechtsbeugung** und damit **VERBRECHEN** begangen. Und es geht auch um den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, der das alles wissend versucht auszusitzen. Und wenn man das alles allein juristisch aufarbeiten wollte, dann müssten die Haupttäter für mindestens 5 bis 10 Jahre im Gefängnis verschwinden, wo kommen so schnell taugliche, dem Rechtsstaat verpflichtete Richter her?

Mit „Schwamm drüber“ wird das nicht zu lösen sein, wenn man das Vertrauen der Bürger in diesen Staat, die Politik, die Judikative und **diese Parteien** wieder herstellen will.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Amd Rüter

Angehängt: Email vom 16.01.2019 an CDU Präsidium und Vorstand ([])

Von: arnd_rueter [arnd_rueter@web.de]
An: 'albert.markstahler@cdu.de'

Gesendet: Do 24.01.2019 19:42

Cc: CDU Präsidium und Vorstand

Betreff: GMG - staatlich organisierter Betrug

Sehr geehrter Herr Markstahler,

eine kleine Ergänzung zu meiner Feststellung, dass sich niemand um die Finanzierung Gedanken zu machen braucht:

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/bundesgesundheitsminister-jens-spahn-im-gespraech-16000795.html>

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) sieht ungeachtet konjunktureller Eintrübungen und steigender Ausgaben im Gesundheitswesen weiteren **Spielraum für Beitragssenkungen** der Kassen. **„Mit fast 30 Milliarden Euro Rücklagen im Gesundheitsfonds und bei den Kassen ist da schon noch Spielraum“**. Im Januar seien die Zusatzbeiträge für fast 20 Millionen Mitglieder gesunken. Das sei ein wichtiges Signal. „Auch für die nächsten Jahre gilt: Die Kassen sollen Rücklagen haben, aber kein Geld horten“, mahnte der Minister.

Bevor sich der **Gesundheitsminister aus der CDU, der offensichtlich nicht lesen kann**, sich darüber den Kopf zerbricht, wie er werbewirksam Geld, welches ihm nicht gehört (es ist Eigentum der gesetzlich Krankenversicherten) unter die Massen verteilt, sollte die CDU dafür sorgen, dass das **Diebesgut zur Wiederherstellung des Vertrauens** in Staat, Politik und **Partei** zurück gezahlt wird. Was dann noch übrig ist, kann er ja *versuchen* zur Spahn-Werbung Beiträge senken zu lassen.

Ich erlaube mir, Ihr **CDU Präsidium** und Ihren **CDU Vorstand** cc zu setzen, immerhin gab es ja mindestens ein Mitglied aus diesem erlauchten Kreis, welches die Information an Sie weitergereicht hat. Vielleicht ist ja auch eine Person darunter, die Jens Spahn unmissverständlich fragt, wie er auf diesen Schwachsinn verfällt und warum er so gesteigerten Wert darauf legt, **seiner Partei drastischen Schaden zuzufügen**.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Amd Rüter